Standesangelegenheiten.

Die Frage der wechselseitigen Anerkennung der Approbation zwischen Deutschland und anderen Ländern.

Von Prof. Dr. **Claus Schilling**,
Vorsitzender des Verbandes Deutscher Kolonial- und Auslandsärzte.

Mit großer Freude und Genugtuung hat der Verband deutscher Kolonial- und Auslandsärzte die Resolution begrüßt, welche am 27. VII. in der Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft von unserem Mitglied Geli.-Rat Fedor Krause eingebracht wurde und so gut wie einstimmige Annahme fand¹⁾. Damit wurde zum ersten Male der Versuch gemacht, durch eine öffentliche Kundgebung Bresche zu legen in die Mauer, die die deutsche Ärzteschaft wirtschaftlich vom Auslande abschließt. Seit fast zwei Jahren bemüht sich der Verband, Niederlassungsmöglichkeiten im Auslande zu finden für unsere früheren Kolonialärzte, für diejenigen Kollegen, die bereits vor dem Kriege im Auslande praktiziert hatten, sowie für die vielen

¹⁾ Vgl. D. m. W. Nr. 33 S. 975.

Aerzte, die einer mühseligen Fronarbeit in Deutschland den entschlossenen Existenzkampf im Auslande vorziehen würden. Bisher ist es nur einer verschwindend kleinen Zahl gelungen, im Auslande unterzukommen. Die Gründe sind u. a. zu suchen in der Angst vor der deutschen Konkurrenz und in der Scheu unserer Kollegen vor Machenschaften unserer Feinde. Den formalen Vorwand aber liefert die Tatsache, daß Deutschland die Approbation anderer Staaten nicht anerkennt. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich der Vorstand unseres Verbandes bereits im Januar d. J. an das Reichsministerium des Innern mit einer ausführlichen Denkschrift gewendet und gebeten, diese Kernfrage der gegenseitigen Anerkennung der Approbation mit denjenigen Staaten, welche deutsche Aerzte aufnehmen können, ohne uns mit einer Flut entwurzelter Existenzen zu überschütten, amtlich in die Wege zu leiten. Aus dem Antwortschreiben ist der wichtigste Satz, daß diese Frage zusammen mit der Neuordnung der ärztlichen Prüfungsordnung behandelt werden — also wohl auf lange Frist hinausgeschoben¹⁾ und dann nebenbei behandelt werden solle. Auch an den L. V. sind wir bereits herangetreten, und er hat uns seine Unterstützung zugesagt. Wenn jetzt das Auswärtige Amt auf Veranlassung unseres Gesandten in Madrid die Anregung gibt, daß wir Aerzte selbst uns mit dieser Frage beschäftigen sollen, so erblicken wir darin einen ersten Schritt auf einem neuen Wege, der uns vielleicht aus der qualvollen Enge hinausführt dahin, wo unser Unternehmungsgeist und unsere Tüchtigkeit wirksam werden kann.

Es wäre zu hoffen, daß sich andere ärztliche Organisationen jetzt gleichfalls mit dieser für Tausende von Kollegen wichtigen Frage beschäftigen möchten; ihnen bzw. den hierfür zu bestimmenden Referenten, wie allen Kollegen, die sich für diese Frage interessieren, steht unser Material zur Verfügung und unser Verband offen (Anschrift: Berlin W. 23, Brückenallee 34).